

Vorlage Stadtparlament

Datum 24. Juni 2025
Beschluss Nr. 601
Aktenplan 152.15.12: Stadtparlament: Interpellation

Interpellation Cornelia Federer: die Tauben in der Stadt St.Gallen: Wie geht es ihnen?; schriftlich

Cornelia Federer sowie 26 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 25. Februar 2025 die beiliegende Interpellation «Die Tauben in der Stadt St.Gallen: Wie geht es ihnen?» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

In den Städten sind Tauben oft anzutreffen, sie gehören zu den meistverbreiteten Tieren im urbanen Raum. Tauben sind sehr anpassungsfähig und damit in der Lage, sich rasch an geänderte Umweltbedingungen anzupassen. Das grosse Nahrungsangebot in Städten, sowohl durch Abfälle als auch durch gezielte und zuweilen exzessive Fütterung, kommt ihnen entgegen und macht für die Tiere den Aufenthalt in städtischen Räumen attraktiv. Damit können sich grosse Populationen entwickeln, was zu entsprechenden Problemen wie die Verunreinigungen durch Taubenkot führt. Taubenkot verursacht Verschmutzungen und kann zusammen mit Feuchtigkeit zu Schäden an Liegenschaften, z.B. an Sandsteinfassaden, führen. Nicht zu unterschätzen sind hygienische Probleme, da sich Menschen über den Kot mit Viren, Salmonellen und anderen Bakterien anstecken können. Mit verschiedenen baulichen Massnahmen versuchen Liegenschaftseigentümer deshalb den Aufenthalt von Tauben auf ihren Grundstücken zu verhindern.¹ Zu viele Tauben fördern auch Ausbrüche von Vogelkrankheiten.

Die Grösse einer Tierpopulation wird unter anderem durch das Futterangebot gesteuert. Wer Tauben füttert, trägt zu ihrer Vermehrung bei. Eine Überpopulation von Stadttauben ist somit menschengemacht. Zusätzlich werden auch vermehrt Ratten auf dem Kornhausplatz durch diese Futtermittel angezogen. Dieses reiche Futterangebot fördert die Vermehrung dieser Nagetiere und sie suchen sich gleich in der Nähe ein Quartier (beim Kornhausplatz unter den Metallgittern der dortigen Bäume). Mittels aufklärender Gespräche versucht die Stadtpolizei Personen, welche Tauben gezielt füttern, zu sensibilisieren und über die negativen Konsequenzen ihres Handelns aufzuklären. An von Tauben stark frequentierten Plätzen, bspw. Kornhausplatz und Marktplatz/Bohl, versucht die Stadtpolizei, die Bevölkerung mit Plakatkampagnen gezielt auf die negativen Auswirkungen der Taubenfütterung zu sensibilisieren. Im vergangenen Jahr stellte die Stadtpolizei in den Monaten Juni/Juli/August auf dem Kornhausplatz entsprechende Plakate auf. Sollte die Stadtpolizei auch in Zukunft eine hohe Taubenpopulation feststellen oder sollten entsprechende Hinweise von der Bevölkerung eingehen, so wird sie

¹ <https://www.blv.admin.ch/blv/de/home/tiere/tierschutz/heim-und-wildtierhaltung/tauben.html>.

an diesen Örtlichkeiten wiederum Plakate aufstellen. Die derzeitige Gesetzeslage bietet der Stadtpolizei jedoch keine rechtliche Handhabe, um gegen exzessives Füttern vorzugehen. Eine diesbezügliche Anpassung des kantonalen Jagd- oder Tierschutzgesetzes mit der Verankerung eines allgemeinen Fütterungsverbots für Wildtiere wäre aus Sicht des Stadtrates wünschenswert und wird aktuell auf kantonomer Ebene diskutiert².

2 Beantworten der Fragen

1. Führt die Stadt St.Gallen ein Monitoring über den ungefähren Bestand und die Gesundheit der Stadttauben?

In der Vergangenheit wurden mehrfach Zählungen an stark frequentierten Örtlichkeiten wie Stadtpark, Kantipark, Marktplatz Bohl, südliche Altstadt und Neumarkt/Bahnhof vorgenommen. Um ein möglichst repräsentatives Ergebnis zu erhalten, erfolgten die Zählungen an mehreren Tagen zu jeweils verschiedenen Tageszeiten. Diese Erhebungen ergaben eine Population von ca. 125 bis maximal 200 Tieren. Da es sich dabei um örtliche und zeitliche Momentaufnahmen handelt, ist von einer höheren Population auf dem gesamten Stadtgebiet auszugehen. Aus ihrer langjährigen Erfahrung im Umgang mit Tauben gehen die Stadtpolizei und die kantonale Wildhut davon aus, dass die Gesamtpopulation auf dem Stadtgebiet weniger als 500 Tiere umfasst.

Aufgrund eigener Beobachtungen oder Reklamationen von Privaten nehmen die Tierschutzbeauftragten der Stadtpolizei punktuelle Beratungen, z.B. für bauliche Massnahmen sowie weitere Abwehrmassnahmen bis hin zu gezielten Abschüssen, vor oder fangen die Tiere mit Fallen ein. Dadurch ist die Stadtpolizei in der Lage, den Gesundheitszustand der Tauben fortwährend zu beurteilen. Gemäss ihrem derzeitigen Kenntnisstand beurteilt die Stadtpolizei den Gesundheitszustand der Tauben als gut.

2. Hat die Stadt St.Gallen ein Taubenmanagement, wie bspw. die Städte Bern, Winterthur, Schaffhausen? Falls nicht, sieht der Stadtrat in dieser Hinsicht Handlungsbedarf?

Die Stadtpolizei hat verschiedene Schweizer Städte über ihren Umgang mit Tauben angefragt und dazu die nachfolgenden Informationen erhalten:

Biel

Die Stadt Biel hat ihr Taubenmanagement in ein privates Projekt ausgelagert. Dieses Projekt sieht vor, einen Taubenschlag zu betreiben. Mittels eines Crowdfundings werden die dazu benötigten finanziellen Mittel gesammelt.³

Stadt Bern

Die Stadt Bern hat aktuell eine Population von rund 1'500 Vögeln. Der Gemeinderat übertrug im Dezember 2010 das Taubenmanagement dem Tierpark Bern.⁴

² Motion s. [Ratsinformationssystem Kantonsrat St.Gallen](#).

³ [Taubenschlag Biel/Bienne — Crowdfunding bei wemakeit](#).

⁴ [Stadttauben in Bern | Tierpark Bern](#).

Stadt Zürich

In der Stadt Zürich erfolgt die Kontrolle des Taubenbestandes durch die städtische Wildhut. Auf dem Zürcher Stadtgebiet ist das Füttern von Tauben verboten.⁵ Im Zusammenhang mit der Petition «Beenden wir das Taubenelend in Zürich» vom 27. November 2024 ist aktuell eine schriftliche Anfrage von zwei Stadtparlamentarierinnen beim Stadtrat hängig.

Winterthur

Mit Bewilligung der kommunalen Fischerei- und Jagdverwaltung betreibt das Tiefbauamt beim Bahnhof zwei Taubenschläge. Dort werden die Tauben gefüttert und die Eier in den Nestern werden gegen Gipseier ausgetauscht. Damit wird die Population reguliert. Kranke und schwache Tauben werden durch einen Jäger erlöst. Auf diese Art wird der Taubenbestand in der Stadt reguliert. Bei Klagen wegen schadenstiftenden Tauben nehmen jagdberechtigte Personen von der Umweltpolizei mit Bewilligung der Fischerei- und Jagdverwaltung auf dem ganzen Stadtgebiet hin und wieder Abschüsse vor. Gemäss dem revidierten Jagdgesetz des Kantons Zürich vom 1. Januar 2023 ist das Füttern von Tauben verboten und wird mit einer Busse von CHF 200 bestraft.⁶

Stadt Luzern

In der Stadt Luzern leben aktuell rund 2'500 Tauben. Die Stadt betreibt zwei Taubenschläge. Die wichtigste Massnahme des Projekts «Stadttauben Luzern» ist die Sensibilisierung der Bevölkerung, Tauben nicht zu füttern. Die Stadt Luzern geht davon aus, dass der Austausch der Taubeneier durch Gipseier einen untergeordneten Einfluss auf die Regulation der Population hat. Es werden keine Abschüsse vorgenommen. Bei Konflikten mit Tauben an sensiblen Standorten (z.B. Innenhöfe, Tribünen) werden die Vögel mit Lebendfallen eingefangen. Die Erfahrung zeigt, dass dieses Vorgehen meist keine langfristigen Auswirkungen hat und zudem Aufwand und Ertrag unverhältnismässig sind. Dennoch wird dieses Vorgehen angewendet, um zeitlich und örtlich Abhilfe zu schaffen.

Die wichtigsten Massnahmen sind Informationen, dass Tauben nicht gefüttert werden sollen, sowie das Vermeiden von Littering. Die Informationsermittlung erfolgt über Plakate, verschiedene Medien, Führungen in den Taubenschlägen, sowie persönliche Gespräche. Bei Reklamationen rücken die Taubenwarte häufig für einen Augenschein vor Ort aus und suchen dabei das Gespräch mit den Betroffenen. Dieses Vorgehen bringt viel Entspannung.⁷

Chur

Die Stadt Chur betreibt kein aktives Taubenmanagement. Sie arbeitet jedoch mit der SBB und der RhB zusammen, um im Raum Bahnhof mit baulichen Massnahmen Brutplätze unbrauchbar zu gestalten. Sodann nimmt das Facility Management der SBB in grösseren zeitlichen Abständen Abschüsse vor. Die Stadt wird jeweils darüber vorgängig informiert. Im Februar 2022 hat Chur mit einer Informationskampagne auf die Auswirkungen der Taubenfütterung aufmerksam gemacht und die Bevölkerung darum gebeten, das Füttern von Tauben zu unterlassen.⁸

Es ist festzuhalten, dass die Populationen in den Städten Bern, Luzern, Zürich und Chur die Population in St.Gallen um ein Vielfaches übertreffen. Da die Anzahl Tauben in St.Gallen im Vergleich zu den

⁵ [Tauben | Stadt Zürich.](#)

⁶ [Strassentauben \(Stadttaube\) - Winterthur Glossar.](#)

⁷ [Stadt Luzern - Arten-Management.](#)

⁸ [Stadt Chur - Tauben nicht füttern.](#)

genannten Städten viel kleiner ist, hat die Stadt bis anhin auf ein Taubenmanagement verzichtet. Stattdessen setzt die Stadtpolizei auf Aufklärung und Präventivmassnahmen, um eine Überpopulation zu verhindern.

Die Stadtpolizei sieht die Hauptproblematik bei der regelmässigen und übermässigen Fütterung der Tiere. Regelmässige Futterquellen ziehen die Tiere an. Wildtiere betreiben keinen grossen Aufwand, um an eine geeignete Futterquelle zu gelangen. Halten sich Tauben tagsüber bei einer Liegenschaft auf, z.B. auf Fenstersimsen, unter dem Giebel oder auf dem Dach, kann davon ausgegangen werden, dass in der Nachbarschaft eine geeignete Futterquelle vorhanden ist. Insbesondere auf dem Kornhausplatz oder im Raum Marktplatz/Bohl trifft die Stadtpolizei immer wieder Personen an, welche in falsch verstandener Tierliebe grosse Mengen an Futter verteilen. Aufklärende Gespräche sind meist erfolglos und halten die Leute nicht von ihrem Tun ab. Aufgrund der derzeit herrschenden Gesetzeslage im Kanton St.Gallen hat die Stadtpolizei keine rechtlichen Möglichkeiten, die Fütterung der Tauben zu unterbinden. Dennoch versucht sie, mit Hinweistafeln und aufklärenden Gesprächen die Bevölkerung auf die Fütterung und die damit verbundenen negativen Konsequenzen aufmerksam zu machen.

Die Stadtpolizei ist in stetigem Austausch mit der Abteilung Jagd vom Kantonalen Amt für Natur, Jagd und Fischerei (ANJF). Mit einem gesetzlich verankerten Fütterungsverbot von Wildtieren hätte die Stadtpolizei eine rechtliche Grundlage, um die exzessive und wildtierbiologisch unnötige Fütterung von Wildtauben zu sanktionieren.

3. Welches Ziel verfolgt die Stadt im Umgang mit den Stadtauben und wie ordnet der Stadtrat die Aussagen von Tierärzt:innen und Wildvogelstationen ein?

Bei den in der Stadt St.Gallen ansässigen Tauben handelt es sich um verwilderte Haustauben. Gemäss den Bestimmungen des eidgenössischen Jagdgesetzes fallen sie unter die jagdbaren Arten und dürfen das ganze Jahr über erlegt werden.⁹ Die eidgenössische Jagdverordnung wiederum bestimmt, dass Tierärztinnen und Tierärzte geschützte Wildtiere, welche pflegebedürftig sind, einer ersten Behandlung unterziehen dürfen.¹⁰ Auf nicht geschützte Wildtiere wie verwilderte Haustauben ist diese Bestimmung jedoch nicht direkt anwendbar. In der Praxis wird, gestützt auf Überlegungen zum Tier- und Artenschutz, darauf verzichtet, stark verletzte oder kranke Wildtiere gesund zu pflegen und dann wieder freizulassen, wenn gleichzeitig die Populationen reguliert werden sollen. Verletzte oder kranke jagdbare Wildtiere wie Haustauben sind entweder genügend gesund, dass sie in der Natur überleben – dann werden sie belassen – oder nicht – dann werden sie fachkundig erlöst. Werden kranke oder verletzte Tauben durch die Bevölkerung aufgefunden, so ist die Stadtpolizei oder die kantonale Wildhut zu benachrichtigen, welche in solchen Fällen diese Triage vornehmen.

4. In welchen Fällen (insbesondere bei welchen Krankheiten) und zu welchem Zweck werden von der Polizei gezielt Abschüsse von Tieren vorgenommen?

Tiere, welche schwach, offensichtlich verletzt oder ein abnormes Verhalten zeigen, werden von der Stadtpolizei (Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit kantonaler Jagdausbildung) gezielt erlöst.

⁹ Art. 5 Abs. 3 lit. b JSG (SR 922.0).

¹⁰ Art. 6 Abs. 2 JSV (SR 922.01).

5. *Gibt es in der Stadt Taubenschläge, wie es z.B. von Kirchen in Bern bekannt ist? Falls nicht, wäre der Stadtrat bereit, solche Taubenschläge zu erstellen, um die Population zu beeinflussen und auch die Informationen über den Gesundheitszustand zu erkennen?*

Die Stadt betreibt keine Taubenschläge und hat keine Kenntnis von privaten Taubenschlägen. Taubenschläge führen nicht automatisch dazu, dass die Tauben diese in Anspruch nehmen. Sie müssten in einer ersten Phase mit einer gezielten Anfütterung dazu gebracht werden, was eine erhebliche Zeit beanspruchen würde. Selbst wenn auf Stadtgebiet Taubenschläge bestehen, so werden nie sämtliche Tauben diese frequentieren. Erfahrungsgemäss wählt ein beträchtlicher Teil der Tiere alternative Aufenthalts- und Brutstandorte. Zudem müssen Taubenschläge täglich gereinigt und kontrolliert werden. Dabei wird nachgeschaut, ob die Tiere Eier gelegt haben, damit diese durch Eierattrappen ausgetauscht werden können. Werden Taubeneier entfernt, so legen Tauben innert kürzester Zeit wieder neue Eier. Durch den Austausch mit Eierattrappen werden die Tauben getäuscht und damit ihr Legezyklus verlängert. Aufgrund der geographischen Ausdehnung der Stadt müssten mindestens drei Taubenschläge betrieben werden, damit das Stadtgebiet minimal abgedeckt wäre, was mit erheblichem finanziellem und personellem Aufwand verbunden wäre.

Mit der derzeitigen engmaschigen Beobachtung der Situation durch die Tierschutzbeauftragten der Stadtpolizei in Zusammenarbeit mit der kantonalen Wildhut ist der Stadtrat der Ansicht, dass die Übersicht über die Taubenpopulation und deren Gesundheitszustand gewährleistet ist. Sämtliche Abgänge von Wildtieren, also auch von Tauben, werden protokolliert und über die kantonale Fischerei- und Jagdverwaltungssoftware (EFJ) erfasst. Durch diese statistische Erfassung kann festgestellt werden, ob Aussergewöhnliches (Taubenpest etc.) feststellbar ist.

Das Erstellen und Unterhalten von Taubenschlägen erachtet der Stadtrat nicht als zielführend. Vielmehr wird er sich beim Kanton für die Aufnahme eines Fütterungsverbots in die kantonale Jagdgesetzgebung einsetzen und parallel dazu die Sensibilisierungsarbeit durch die Stadtpolizei weiterführen.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:
Dario Schönenberger

Beilage:
▪ Interpellation vom 25. Februar 2025